



Montag, 27. Februar 1978

Blatt 446

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS 300.000 U-Bahn-Fahrgäste am Wochenende  
ausgesendet:  
(violett)

Kommunal: Wiener Landtag  
(rosa) Wiener Gemeinderat  
U-Bahn bestand Bewährungsprobe  
Wien-Ausstellung in Oslo eröffnet

Lokal: Großbrand auf dem Naschmarkt  
(orange) Wiederaufbau der abgebrannten Naschmarktstände

Kultur: Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien für Wilma Lipp  
(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 15.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

.....  
bereits am 26. februar 1978 ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

k o m m u n a l :

=====

300.000 u-bahn-fahrgaeste am wochenende

1 wien, 26.2. (rk) das u-bahn-zeitalter hat in wien eben erst begonnen und schon haben rund ein fuenftel aller wienerinnen und wiener das neue verkehrsmittel ausprobiert. etwa 300.000 fahrgaeste legten zum wochenende die 3.1 km lange strecke zwischen karlsplatz und reumannplatz im silberpfeil zurueck.

sonntag setzte der ansturm auf die u-bahn ab 10.30 uhr mit voller staerke ein. nach einer intervallverkuerzung von 5 auf 3 minuten wurden spitzenbefoederungen von 32.000 fahrgaesten pro stunde gezaehlt. die u-bahnabgaenge zum reumannplatz und zum karlsplatz mussten zeitweise wieder von der polizei gesperrt werden. (ba)

++++

k o m m u n a l :

=====

## u-bahn bestand bewaehrungsprobe

4 wien, 27.2. (rk) nach dem riesigen ansturm am wochenende - bekanntlich fuhren samstag und sonntag mehr als 300.000 menschen mit der u-bahn - begann auf der ersten wiener u-bahn-strecke zwischen reumannplatz und karlsplatz am montag sozusagen der alltag. die "silberpfeile" bestanden auch die bewaehrungsprobe im berufsverkehr am montag frueh ohne schwierigkeiten. die zuege waren gut besetzt, aber keineswegs ueberlastet, die 3-minuten-intervalle in der spitzENZEIT konnten planmaessig eingehalten werden. es kam zu keinerlei stoerungen. auch der verkehr auf den neuen beziehungsweise geaenderten strassenbahn- und autobuslinien im sueden wiens funktionierte am montag frueh planmaessig. (ger)

1030

k u l t u r :

=====

ehrenmedaille der bundeshauptstadt fuer wilma lipp

2 wien, 27.2. (rk) die ehrenmedaille der bundeshauptstadt wien in gold erhaelt kammersaengerin wilma l i p p kommenden donnerstag, dem 2. maerz im wiener rathaus aus der hand von vizebuurgermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r . gleichzeitig wird diese auszeichnung auch univ.-prof. dr. karl h o l e c e k zuteil.  
(may)

0849

k o m m u n a l :

=====

## wiener Landtag (1):

7 wien, 27.2. (rk) die erste praesidentin des wiener Landtages, maria h l a w k a , eroeffnete montag eine sitzung des wiener Landtags. es lag eine d r i n g l i c h e a n f r a g e der o e v p zur ungeklaerten finanzsituation beim wohnpark alt-erlaa vor.

## novelle zu berufsausbildungsgesetz

durch die bundesnovelle zum land- und forstwirtschaftlichen berufsausbildungsgesetz vom 2. februar 1977 wurden in erster linie kuerzungen der fuer die ablegung verschiedener pruefungen erforderlichen praxiszeiten vorgenommen. das vorliegende Landesgesetz (berichterstatter: stadtrat s c h i e d e r , spoe) soll nun zu den grundsuetzen der bundesnovelle die entsprechenden ausfuehrungsbestimmungen schaffen.

a b s t i m m u n g : das gesetz ueber die aenderung der land- und forstwirtschaftlichen berufsausbildungsordnung wurde einstimmig angenommen. (sei) (forts.)

1105

## Landtag (2):

## dringliche anfrage "wohnpark alt-erlaa"

9 wien, 27.2. (rk) eine rasche klaerung und bereinigung der durch pressemeldungen in der vergangenen woche ueber den wohnpark alt-erlaa aufgeworfenen fragen forderte die wiener oevp in einer dringlichen anfrage an den amtsfuehrenden stadtrat fuer wohnen. die dringliche anfrage konzentrierte sich auf folgende punkte:

1. Liegen der magistratsabteilung 50 bereits unterlagen vor, nach denen seitens der "gesiba" beziehungsweise der wohnungs-ag "wohnpark alt-erlaa" eine nachfoerderung fuer den bauteil a des "wohnpark alt-erlaa" gemaess wohnbaufoerderungsgesetz 1968 beantragt wurde?
2. wenn ja, in welcher hoehe und kann aufgrund dieser unterlagen eine

- nachfoerderung auf gesetzlicher basis ueberhaupt gewaehrt werden?
3. ist der herr amtsfuehrende stadtrat bereit, die ueberpruefung der angemessenheit der gesamtbaukosten beim "wohnpark alt-erlaa" durch dienststellen des magistrats und nicht durch die "gesiba" durchfuehren zu lassen, da in diesem fall eine solche ueberpruefung inkompatibel erscheint?
  4. welche moeglichkeit sieht der herr amtsfuehrende stadtrat, in anbetracht der betroffenen 2000 mieter, der groesse des projekts "wohnpark alt-erlaa" und der urspruenglichen baukosten von rund 1,4 milliarden schilling, die sicher bereits ueber 2 milliarden schilling gestiegen sind, eine moeglichst rasche schlussabrechnung der gesamtkosten des bauteiles a vorlegen zu lassen?
  5. wurden die bedingungen des darlehensbescheides an die "gesiba" beziehungsweise an die wohnungs-ag "wohnpark alt-erlaa" aufgrund des beschlusses der wiener landesregierung vom 30.10.1973 fuer den bauteil a in der hoehe von 281,574.000 s und fuer den bauteil b vom 27.1.1976 in der hoehe von 388,890.000 s eingehalten oder wurde ohne beschluss der landesregierung die darlehenszusicherung bescheidmaessig geaendert?
  6. welche konsequenzen zieht der herr amtsfuehrende stadtrat aus der tatsache, dass die zur pruefung saemtlicher wohnbauvereinigungen herangezogene "gesiba" offensichtlich nicht in der lage ist, den eigenen bereich ordnungsgemaess abzuwickeln?
  7. wird der bauteil c des "wohnparks alt-erlaa", fuer den derzeit noch keine baubewilligung vorliegt, ueberhaupt noch errichtet werden?
  8. fuer welche weiteren groesseren wohnbauprojekte der "gesiba", deren wohnungen bereits bezogen worden sind, liegt noch keine schlussabrechnung der gesamtkosten vor?

labg. h a h n (oevp) begruendete die dringliche anfrage mit der besorgnis der oevp ueber die angemessenheit der gesamtbaukosten beim wohnpark alt-erlaa. waehrend 1973 fuer den bauteil a von gesamtbaukosten von 625 millionen gesprochen wurde, liegen diese kosten nun nach offizieller gesiba-antwort bereits bei 1.019 millionen. bei rund 87.000 quadratmeter gesamt-wohnflaeche ergibt das einen quadratmeterpreis von 11.700 schilling. diese kosten liegen um 3.700 schilling pro quadratmeter ueber den foerderungssaetzen des jahres 1973. die gesiba scheint sich die dinge nun selbst regeln zu wollen und

will eine nachfoerderung von 227 millionen in anspruch nehmen. wenn diese nachfoerderungsrates im wohnbaufoerderungsbeirat gewaehrt wird, ist die wohnbaufoerderung in wien kaputt, erklarte labg. hahn. die nachfoerderung duerfte auf keinen fall zu lasten der gemeinnuetzigen wohnbaugenossenschaften gehen. wenn durch die nachfoerderung des wohnparks alt-erlaa einschraenkungen notwendig sind, sollten diese zu lasten des gemeindewohnbaues gehen oder die dafuer notwendigen gelder sollten aus allgemeinen budgetmitteln genommen werden. labg. hahn forderte abschliessend die ausarbeitung eines sanierungsplanes der wiener holding fuer das projekt alt-erlaa. (sei) (forts.)

1209

Landtag (3):

dringliche anfrage (forts)

10 wien, 27.2. (rk) labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erinnerte daran, dass die fpoe von vornherein dem gross-projekt alt-erlaa skeptisch gegenubergestanden ist und solche hochhaeuser als ideale wohnform angezweifelt hat. hingegen hat die oevp bei der entscheidenden abstimmung dem projekt zugestimmt. welche wohnform die wiener bevorzugen, muesste inzwischen die gesiba genau wissen: fuer die rund 190 geplanten einfamilienhaeuser in der carabelligasse gibt es naemlich mehr als 2.000 interessenten. das zeigt uebrigens auch der schleppende verkauf der wohnungen im bauteil b von alt-erlaa. die schwierigkeiten dabei werden sich nunmehr sicher vergroessern, wenn nicht umgehend aufklaerung erfolgt. die bisherigen mieter interessieren sich sehr fuer das schicksal der infrastruktur. zwecks umfassender aufklaerung der finanziellen situation hat daher die fpoe im gemeinderat eine dringliche anfrage eingebracht, zu der sie in der folgenden gemeinderatssitzung noch stellung nehmen wird.

labg. p o e d e r (spoe) warf der oevp vor, dass sie auf ihrer linie der skandalisierungskampagne gegen die rathaus-mehrheit bleibt. hahn lasse durchklingen, dass gemeinnuetzige betriebe nicht ordentlich wirtschaften, unterschwellig werden unregelmassigkeiten angedeutet. die oevp will den wienern einreden, dass die sozialisten nicht ordentlich wirtschaften. gleichzeitig soll der gesiba schaden

zugefuegt werden, indem man die mieter verunsichert. das passt alles in die politische linie der oevp, in deren kommunalpolitischen programm die privatisierung gemeinnuetziger einrichtungen verlangt wird. mit all dem soll aber auch die taetigkeit der politiker herabgesetzt werden. die gefaehrlichkeit der verunglimpfung demokratischer einrichtungen kann gar nicht abgeschaezt werden. auf diesem gefaehrlichen weg befindet sich die oevp in bester gesellschaft des "kurier", in dem von "allmaechtiger rathauskamarilla" geschrieben wird und beamte der bestechung verdaechtigt werden. hahn tritt als grosser mahner und anschuldiger auf. er war jedoch bis zum vorigen jahr im gesiba-aufsichtsrat und hat bei allen beschluesen mitgestimmt. es gab immer nur einstimmige beschluesse. er ist scheinbar erst jetzt, wo es politisch opportun erscheint, klueger geworden. die wiener bevoelkerung wird jedoch die oevp-politik der skandalisierung, waehrend die sozialisten arbeiten, richtig beurteilen. (smo)

labg. dkfm. a m m a n n (oevp), warf poeder vor, ursache und wirkung verwechselt zu haben und fragte ihn, ob er es mit seinem gewissen als chef der gemeindebediensteten-gewerkschaft vereinbaren koenne, dass direktor muchna mit 51 jahren, einer pension von ueber 50.000 schilling im monat und einer abfertigung in hoehe von 24 monatsghaeltern aus "gesundheitslichen gruenden" in pension geschickt wurde.

bereits 1974 seien von der oevp die ersten skeptischen fragen gestellt worden, sagte labg. ammann, wurde ein mittelfristiges planungskonzept gefordert. der aufsichtsrat sei jedoch wissentlich mit falschen angaben informiert worden. beispielsweise wurde zu einem zeitpunkt erklaert, der wohnpark alt-erlaa besitze ein eigenes rechnungswesen, als diese mitteilung nicht den tatsachen entsprach.

als es nicht mehr gelang, der wirtschaftlichen schwierigkeiten herr zu werden, sei offensichtlich ein schuldiger in direktor muchna gesucht und gefunden worden. in einem brief vom 14. februar habe ihm muchna allerdings mitgeteilt, dass meinungsdifferenzen zu seinem ruecktritt gefuehrt haetten.

labg. ammann schloss mit der forderung nach einer sofortigen offenlegung der situation beim wohnpark alt-erlaa, der bekanntgabe der vermutlichen mehrbelastung der mieter und der vorlage eines sanierungskonzepts. (we) (forts)

k o m m u n a l :

=====

Landtag (4):

dringliche anfrage (forts)

11 wien, 27.2. (rk) er fuehle sich verpflichtet, einige sachliche richtigstellungen vorzunehmen, erklarte labg. ing. h o f m a n n (spoe), weil er zweieinhalb jahre lang aufsichtsratsvorsitzender der gesiba gewesen sei. er sei im april 1974 vorsitzender des aufsichtsrates geworden. vorher habe er als planungsstadtrat die aufgabe gehabt, in konfrontation mit den drei aufsichtsratsvorsitzenden der gesiba, pfoch, hahn und hintschig, die flaechenwidmung fuer alt-erlaa durchzufuehren. er sei froh darueber, dass die hoehe des bauwerks von 100 auf 72 meter gesenkt wurde. praesident hahn habe damals fuer die volle hoehe bei ihm interveniert. die flaechenwidmung sei auch mit den stimmen der oevp erfolgt.

es sei demagogie, wenn die oevp nunmehr den anschein zu erwecken versuche, sie sei im aufsichtsrat nicht voll informiert worden. bei allen fragen, die aus zeitmangel in einer sitzung nicht ausfuehrlich genug abgehandelt werden konnten, haben die oevp-vertreter die moeglichkeit gehabt, bis zur naechsten sitzung ausfuehrlich von den geschaeftsfuehrern informiert zu werden. hofmann wies die behauptung, die geschaeftsfuehrer haetten den aufsichtsrat bewusst falsch informiert, als unterstellung zurueck. die oevp erhebe heute ungeheure anschuldigungen gegen einen gemeindebetrieb, in dem sie einvernehmlich mitgearbeitet hat. hofmann warnte davor, angeblichen "saubermaennern" auf den leim zu gehen, die unruhe in die bevoelkerung tragen wollen.

die dringliche anfrage der oevp fuege sich nahtlos an andere aktionen der oevp in letzter zeit. sie sei lehrreich dafuer, in welcher weise die oevp mit parlamentarischen einrichtungen umgehe. verfassungsmaessige einrichtungen, wie dringliche anfragen, seien nicht dazu da, um theaterdonner ohne jeden hintergrund zu inszenieren und sich selbst innerparteilich in szene zu setzen. suttner kritisierte die tonart der oevp, welche der wuerde des hauses nicht ent-

spreche. er kritisierte auch den zeitpunkt der dringlichen anfrage, die gestellt wurde, obwohl bekannt war, dass der zuständige ressortchef zu diesem zeitpunkt dienstlich an der teilnahme der sitzung verhindert sei (pfoch befindet sich zur eröffnung der wienausstellung in oslo - anmerkung der redaktion). ueber wohnhochhaeuser koenne man verschiedener ansicht sein, fuer alt-erlaa gebe es aber einen einstimmigen beschluss des aufsichtsrates. der erste teil ist fertig, der zweite steht vor der fertigstellung. die mieter fuehlen sich wohl. die oevp wolle unruhe unter die mieter tragen. die oevp behaupte, sie sei im aufsichtsrat von den geschaeftsfuehrern hinters licht gefuehrt worden. was habe aber dann die oevp jahrelang dem aufsichtsrat des baurings vorgeworfen? die oevp sei in allen gesellschaften, in der holding, in der beteiligungskommission vertreten. suttner warf der oevp vor, unter dem deckmantel "pro wien" dieser stadt schaden zufuegen zu wollen. (ger) (forts)

1238

Landtag (5):

dringliche anfrage (schluss)

12 wien, 27.2. (rk) ein bautraeger muss in der lage sein, sachlich zu planen, den bau finanziell vorzubereiten und in einer vertretbaren zeit abzurechnen, erklarte labg. dr. m a y r (oevp). wenn es sich herausstellt, dass er ueber den urspruenglichen kosten liegt, muss der bautraeger dies begruenden und vorschlaege zur deckung der mehrkosten machen. dass man das tun kann, zeigt ein schreiben des nun fuer alt-erlaa zustandigen gesiba-geschaeftsfuehrers labg. b u s t a an die mieter. in diesem schreiben werden die fakten ohne verschleierung aufgezeigt. warum konnte die sozialistische fraktion im landtag dies nicht ebenso tun?

stadtrat h e l l e r (spoe) nahm in vertretung von vizebuergemeister pfoch, zur dringlichen anfrage der oevp stellung. heller erklarte, er habe den eindruck, dass die oevp einen wahlshlager auf kosten einer gemeinnuetzigen wohnbauvereinigung gesucht hat. labg. hahn haette keine dringliche anfrage stellen muessen, da er sich als langjaehriger aufsichtsrat-vorsitzender-stellvertreter der gesiba den groessten teil der anfrage selbst beantworten haette

koennen. heller erklarte weiter, dass die von der gesiba beantragten wohnbaufoerderungsmittel fuer alt-erlaa nicht wie im oevp-antrag behauptet 670 millionen betragen, sondern 704 millionen. zu den einzelnen punkten der dringlichen anfrage stellte heller fest:

- 1) die gesiba stellte am 16. februar dieses jahres einen antrag auf nachfoerderung in der hoehe von 92 millionen und am 22. februar in der hoehe von 16 millionen.
- 2) ueber die endgueltige hoehe der nachfoerderung wird durch die gesiba ein pruefungsgutachten ausgearbeitet. wenn auf grund dieses gutachtens ein entsprechender nachfoerderungsantrag gestellt wird, wird dieser antrag natuerlich ueberprueft.
- 3) die gesiba wird sowohl durch das kontrollamt als auch durch den gesetzlichen pruefungsverband laufend ueberprueft. die ausarbeitung von gutachten durch die gesiba ist daher unbedenklich.
- 4) bevor die endabrechnung vorliegt, ist keine aussage ueber die hoehe der nachfoerderung moeglich.
- 5) der vorwurf, die gesiba koenne die geschaeft im eigenen bereiche nicht ordnungsgemaess abwickeln, bleibt, da der bericht des gesetzlichen pruefungsverbandes noch nicht vorliegt, eine blasse unterstellung.
- 6) es besteht die absicht, den bauteil c auszufuehren.
- 7) fuer fuenf groessere projekte der gesiba im 11., 14., 17., 19. und 22. bezirk liegen derzeit noch keine schlussabrechnungen vor.  
(sei)

labg. dr. m a c h e r (oevp) widersprach ing. hoffmann: er koenne beweisen, dass der gesiba-aufsichtsrat unvollstaendig und unrichtig informiert worden ist. als beweis fuehrte er eine publikation ueber den wohnpark an, in der im zusammenhang mit einem bericht ueber eine aufsichtsratssitzung vom 25. november 1975 festgestellt wird: "die baufinanzierung von alt-erlaa war bereits bei baubeginn gesichert und es besteht kein chronischer geldmangel." dr. macher warf der rathaus-mehrheit nunmehr ratlosigkeit vor.

zu der dringlichen anfrage erfolgten keine weiteren wortmeldungen. (smo) (schluss)

L o k a l :

=====

grossbrand auf dem naschmarkt:

zehn marktstaende wurden ein raub der flammen

6 wien, 27.2. (rk) auf dem naschmarkt, nahe dem theater an der wien, brach montag nach mitternacht ein brand aus, der in kurzer zeit nicht weniger als zehn marktstaende einaescherte. ein vorbeifahrender taxifahrer alarmierte die feuerwehr, die wenig spaeter alarmstufe 2 gab. der grossbrand wurde mit insgesamt zehn schlauchleitungen und mit dem wasserwerfer des grosstankwagens geloescht. die brandursache konnte bisher nicht geklaert werden. (ka) (forts.)

1102

wiederaufbau der abgebrannten naschmarktstaende

13 wien, 27.2. (rk) die vom brand am wiener naschmarkt betroffenen geschaeftsleute sollen sobald wie moeglich ausweichstaende erhalten. ausserdem werden die einschlaegigen abteilungen des magistrats bereits mittwoch ueber den wiederaufbau der abgebrannten marktstaende beraten. dies teilte konsumentenstadtrat heinz n i t t e l , der sich montag vormittag mit bezirksvorsteher werner j a n k an der brandstaette ueber das ausmass des schadens informierte der "rathaus-korrespondenz" mit. (wfz) (schluss)

1245

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (1):

stadtrat mayr zu alt-erlaa

14 wien, 27.2. (rk) buergermeister leopold g r a t z (spoe) eroeffnete die sitzung des gemeinderats und teilte mit, dass von der f p o e 5 a n f r a g e n und von der o e v p 3 a n f r a g e n vorliegen. die behandlung einer d r i n g l i c h e n a n f r a g e der f p o e ueber die finanzielle situation des wohnparks alt-erlaa werde vor schluss der oeffentlichen sitzung erfolgen, desgleichen ein d r i n g l i c h e r a n t r a g der o e v p ueber die vorzeitige pensionierung von direktor muchna.

a n t r a e g e der o e v p ueber ausnahmen in der kurzparkregelung fuer die innere stadt und betreffend vorarbeiten fuer die schutzzone ober st. veit wurden zugewiesen.

a n t r a e g e der f p o e betreffend die verlaengerung der strassenbahnlinie 0 bis zum kurzentrum ober-laa und betreffend die vorzeitige freigabe des autobahnabschnittes landstrasser guertel - knoten favoriten wurden ebenfalls zugewiesen.

in einer mitteilung stellte finanzstadtrat m a y r (spoe) fest, dass die dringlichen anfragen und antraege in landtag und gemeinderat ueber den wohnpark alt-erlaa und die gesiba nicht ueber- raschend gekommen waeren: in den zeitungsen waren sie bereits ange- kuendigt. der stadtrat gab das ergebnis einer ueberpruefung des oesterreichischen verbandes gemeinnuetziger bau-, wohnungs- und siedlungsvereinigungen bekannt, aus der hervorgeht, dass die ge- schaeftsfuehrer der gesiba ihren verpflichtungen nachgekommen sind.

bei dem verband handelt es sich um eine institution, der die beiden grossparteien paritaetisch angehoren.

aus einem bericht der holding ueber die aktuelle wirtschaft- liche situation der gesiba vom 24. februar verlas finanzstadtrat mayr folgenden absatz: "aufgrund der derzeit vorliegenden baukosten der bloecke a und b im wohnpark alt-erlaa ist das projekt dann als ausfinanziert zu betrachten, wenn die angesprochenen nachfoederungs-

mittel in der hoehe von rund 197 millionen schilling und hypothekendarlehen in gleicher hoehe verfuegbar sind. problematisch ist die finanzierung und verwertung der infrastruktur, die derzeit auf 400 millionen schilling geschaezt wird, bei der aber noch einsparungsmoeglichkeiten gegeben erscheinen."

man werde die gemeindeeigene gesiba nicht besser und nicht schlechter foerdern als jede andere gemeinnuetzige baugesellschaft, sagte stadtrat mayr, und wandte sich scharf gegen die oevp, die dem zu guenstiger zeit begonnenem projekt zugestimmt habe, sich aber jetzt distanzieren. es sei sein persoenliches anliegen gewesen, unterstrich mayr, direktor muchna abzuloesen. es sei besser, rechtzeitig einzugreifen, wenn jemand krankheitszeichen aufweise, statt abzuwarten, bis schaeden erwachsen.

waehrend die oevp ende februar den antrag nach ueberpruefung stelle, wird bereits seit mitte jaenner geprueft - und die oevp wisse das. der rechnungshof ueberpruefe nicht nur die landes-wohnbautaetigkeit sondern auch den bereich der holding und damit der gesiba. (we) (forts)

1329

gemeinderat (2):

## stadthalle-subvention

15 wien, 27.2. (rk) gr. l u d w i g (spoe) stellte den antrag, der wiener stadthalle und dem verein "wiener jugendkreis" subventionen aus sportfoerderungsmitteln in der hoehe von insgesamt 37,8 millionen schilling zu gewaehren.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) stellte fest, dass der wiener stadthalle in den letzten sieben monaten aus verschiedenen titeln subventionen in der hoehe von 270 millionen schilling zur verfuegung gestellt wurden. 1978 seien fuer die sportfoerderung 45,6 millionen schilling vorgesehen, davon werden allein heute fuer die stadthalle 37,5 millionen schilling ausgegeben. fuer die direkte foerderung bleiben 8 millionen. es waere besser, vereine direkt zu foerdern und die stadthalle zu einer strengen kalkulation, zu einer kostenstellenrechnung und zu einer kaufmaennischen betriebsfuehrung zu

zwingen. dann wuerde auch klar werden, welche subventionen fuer welche zwecke die oeffentliche hand wirklich gewaehren muss. die fpoe sei aber gegen die gewaehrung bedingungsloser subventionen.  
(ger)

die auslastung der wiener stadthalle und des wiener hallenstadions ist vor allem auf den zahlreichen besuch von schuelern zurueckzufuehren, erklarte gr. a r t h o l d (oevp). ein grund dafuer ist der mangel an turnsaelen, vor allem in den bundesschulen. arthold forderte den bau von turnsaelen und sporthallen in den bezirken, damit die stadthalle und das hallenstadion dem leistungs- und spitzensport vorbehalten bleiben kann.

gr. l u d w i g (spoe) wandte sich als berichterstatter gegen die verwendung des wortes defizit im zusammenhang mit der sportfoerderung. mit dem geld wird nicht unwirtschaftlich umgegangen, sondern die erhaltung und sanierung der anlagen betrieben und das notwendige personal bezahlt. ludwig stellte richtig, dass nicht 82 prozent der sportfoerderungsbeitraege an die stadthalle fliessen, sondern nur 52,4 prozent. durch die anlage der stadthalle koennen nun auch sportarten, die man frueher in wien nicht ausueben konnte, betrieben werden. die forderung, besser direkt zu foedern, geht ins leere. den vereinen ohne besonderen verwaltungskram anlagen kostenlos zur verfuegung zu stellen, ist wohl die direkteste art der foerderung.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und oevp a n -  
g e n o m m e n . (sei) (forts.)

1404

gemeinderat (3):

subvention fuer jugendmusik-festival

16 wien, 27.2. (rk) gr. franziska f o h l e r (spoe) beantragte eine subvention von 760.000 schilling fuer die "vereinigung fuer internationalen kulturaustausch" zur durchfuehrung des 7. internationalen jugend-musikfestivals im heurigen sommer.

gr. prof. z o e r n e r (oevp) wandte sich gegen die bedeckung aus dem kulturschilling und brachte den a b a e n d e r u n g s a n -

t r a g ein, die subvention aus dem budget fuer wissenschaft, kunst und volksbildung zu gewaehren. die berichterstatterin wies im s c h l u s s w o r t darauf hin, dass die bedeckung aus dem kulturschilling gesetzlich gedeckt ist.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag blieb mit den stimmen der oevp und der fpoe in der minderheit, der berichterstatter-antrag wurde mit den spoe-stimmen angenommen.

#### zweite subventionsliste

str. m a y r (spoe) referierte die zweite subventionsliste 1978, mit gesamtsubventionen von 3,513.120 schilling. davon entfallen 2,320.120 schilling auf den verein "wien international".

gr. h i r n s c h a l l (fpoe) sprach sich fuer die zielsetzung des vereines aus, haelt aber diese subvention als druckkostenbeitrag an den compress-verlag fuer die zeitschrift "vienna news" als ungerechtfertigt. der verlag hat diese zeitung als annoncenblatt gegrundet, waere sie ein erfolg geworden, haette er den gewinn sicher nicht mit dem verein geteilt. der redner verlangte eine getrennte abstimmung.

auch gr. dr. peter m a y r (oevp) wuenschte die getrennte abstimmung. der verein "wien international" wurde inzwischen auf eine neue basis gestellt und wird seine zielsetzungen in zukunft sicher erfuellen.

im s c h l u s s w o r t sagte str. mayr, dass der verein, auf neuer basis gestellt, in zukunft geringere subventionen brauchen wird.

a b s t i m m u n g : die subvention fuer "wien international" wurde mit den stimmen der spoe, die uebrige subventionsliste einstimmig angenommen. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (4):

informationszentrum fuer die wirtschaft

17 wien, 27.2. (rk) der naechste antrag, referiert von gr. s a l l a b e r g e r (spoe), betraf die einrichtung eines "informationszentrums fuer die wiener wirtschaft" (izw). der magistrat solle ermaechtigt werden, die vorgelegte vereinbarung mit dem kreditverein der zentralsparkasse abzuschliessen. fuer verschiedene ausgaben im rhamen dieses informationszentrums ist ein jaehrlicher beitrag von 500.000 s vorgesehen, ferner weitere 200.000 s fuer das haushaltsjahr 1978 fuer anfallende werkvertraege.

stadtrat n e u s s e r (oepv) teilte mit, dass der antrag den zustaendigen ausschuss sowie den stadtssenat durchlaufen haette und dass ihm die oepv nicht zugestimmt habe, weil der akt sowohl gegen die regeln der demokratie wie auch der freien marktwirtschaft verstosse. es sei nicht einzusehen, warum eine eigene gemeindedienststelle geschaffen werden solle, da wirtschaftliche beratungen sowohl von der kammer der gewerblichen wirtschaft wie auch von der arbeiterkammer durchgefuehrt werden. nach einem protest des wiener wirtschaftskammerpraesidenten habe finanzstadtrat mayr zugestimmt, noch andere institutionen einzuladen, um gespraechе zu fuehren. diese gespraechе haetten nicht stattgefunden, weshalb stadtrat neusser wiens finanzstadtrat mayr der wortbruechigkeit beschuldigte. am 23. februar habe kammerpraesident dittrich buergermeister gratz telegrafisch gebeten, den akt von der tagesordnung abzusetzen. stadtrat neusser gab seinen befuerchtungen ausdruck, durch die protektionistische massnahme zugunsten der zentralsparkasse, die sich bekanntlich im besitz der gemeinde wien befindet, koennte es im bereich der wiener wirtschaft zu einer klimaverschlechterung kommen. neusser beantragte die absetzung des antrags namens seiner fraktion.

gr. s a l l a b e r g e r (spoe) verwies auf die zusammensetzung des kreditvereins der zentralsparkasse, der seit 1910 existiere: von 33 funktionaeren sind 29 personen, die in der kammer der gewerblichen wirtschaft in massgeblichen funktionen taetig sind.

der kreditverein habe bisher 18.200 firmen und einzelpersonen ge-  
foerdert, wobei 2 milliarden schilling zum einsatz kamen. durch die  
schaffung des informationszentrums erhalte die zentralsparkasse  
keinerlei wettbewerbsvorteile.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und der fpoe  
a n g e n o m m e n . (we) (forts.)

vormittagskarten fuer sommerbaeder

gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe) referierte den antrag auf  
einfuehrung von vormittagskarten in den staedtischen sommerbaedern.  
ausserdem wird an den familienbadetagen in den hallenbaedern ein  
ermaessigter eintrittspreis eingehoben.

gr. k r e n n (fpoe) begruesste die wiedereinfuehrung der  
vormittagskarten und die ausdehnung der beguenstigungen. die auf-  
lassung der vormittagskarten sei von der fpoe stets kritisiert wor-  
den. bereits am 27. juni 1977 habe sie einen antrag auf deren wieder-  
einfuehrung gestellt. der bericht der zustaendigen magistratsabtei-  
lung, dass dies wegen des haeufigen missbrauchs dieser karten nicht  
zweckmaessig sei, wurde aber im oktober 1977 von spoe und oevp zu-  
stimmend zur kenntnis genommen worden.

gr. johanna d o h n a l (spoe) bezeichnete die wiedereinfueh-  
rung der vormittagskarten als einen beweis fuer eine flexible und  
soziale politik. gegenueber dem zustand vor abschaffung der vor-  
mittagskarten ergebe sich nunmehr durch die verlaengerung der  
gueltigkeit bis 14 uhr eine verbesserung. dadurch koennen auch  
berufstaetige waehrend der mittagspause ein bad zu ermaessigten  
preisen besuchen. es soll uebrigens nicht in vergessenheit ge-  
raten, dass, ginge es nach dem wunsch der oevp, es ueberhaupt keine  
staedtischen sommerbaeder gebe. in den staedtischen baedern gebe  
es neue einrichtungen und attraktionen, so etwa die familientage  
in drei hallenbaedern. ab 1978 werden in zwei staedtischen baedern  
sonnenkollektoren in verwendung stehen.

a b s t i m m u n g : einstimmig a n g e n o m m e n . (ger)  
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (5):

## flaechenwidmung

18 wien, 27.2. (rk) die umwidmung eines teiles der drasche-gruende von gruenland auf betriebsbaugebiet (berichterstatter: gr. r o s e n b e r g e r, spoe) nahm gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) zum anlass, das derzeitige verfahren zur flaechenwidmung zu kritisieren. die vor zwei jahren neu beschlossene bauordnung sprach von einer information der oertlichen bevoelkerung ueber planaenderungen. bei vielen aenderungen in der letzten zeit, so auch beim vorliegenden geschaeftsstueck, war diese information praktisch nicht gegeben. ausser einer einschaltung in der wiener zeitung wurde die oeffentlichkeit ueber dieses vorhaben nicht informiert.

gr. rosenberger (spoe) erklarte, dass die beabsichtige flaechenumwidmung zur oeffentlichen einsicht aufgelegt wurde und dass auch alle interessensvertretungen zur stellungnahme aufgefordert wurden.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und oevp angenommen.

## kuenstlerhaus-subvention

gr. gertrude s t i e h l (spoe) stellte als berichterstatterin den antrag, dem kuenstlerhaus als einmalige hilfstellung eine subvention von 3 millionen zu gewaehren. gr. dr. erika d a n z i n g e r (oevp) erklarte, dass das kuenftige schicksal des kuenstlerhauses mit dieser begruessenswerten subvention noch nicht gemeistert ist. eine kontinuierliche foerderung durch die oeffentliche hand wird notwendig sein. gr. s t i e h l (spoe) teilte in ihrem schlusswort mit, dass fuer die zukunft eine zusammenarbeit des kuenstlerhauses mit dem kulturamt der stadt wien geplant ist.

a b s t i m m u n g : einstimmig a n g e n o m m e n . (sei)  
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (6):

## dringlicher oevp-antrag

- 19 wien, 27.2. (rk) im dringlichen antrag der oevp betreffend rasche klaerung der vorgaenge in der gesiba beziehungsweise der wohnungs-ag "wohnpark alt-erlaa" und um die vorzeitige pensionierung von direktor dr. anton muchna werden folgende punkte angefuehrt:
1. der herr amtsfuehrende stadtrat fuer finanzen und wirtschaft, der ressortmaessig fuer gemeindeeigene wirtschaftsunternehmungen zustaeendig ist, moege ehestens dem stadtssenat einen antrag vorlegen, wonach der rechnungshof ersucht wird, eine ueberpruefung der wohnungs-ag "wohnpark alt-erlaa" beziehungsweise der taetigkeit der "gesiba" durchzufuehren.
  2. im zusammenhang mit dem behaupteten mangelhaften management bei der errichtung des "wohnparks alt-erlaa" moege der herr amtsfuehrende stadtrat fuer finanzen und wirtschaft umgehend eine ueberpruefung veranlassen, ob und in welchem umfang eine zivilrechtliche haftung des pensionierten geschaeftsfuehrers direktor dr. anton muchna geltend gemacht werden kann und inwieweit ersatzansprueche des hauptgesellschafters gegen seinen ehemaligen geschaeftsfuehrer gestellt werden koennen.
  3. da keine entlastung des ehemaligen geschaeftsfuehrers der "gesiba", direktor dr. anton muchna, erfolgt ist, moege der herr amtsfuehrende stadtrat fuer finanzen und wirtschaft veranlassen, dass die auszahlung der abfertigung von direktor dr. muchna zurueckgefordert und die monatliche pension in der hoehe von 55.000 s so lange ausgesetzt wird, bis eine endgueltige klaerung vorliegt.
  4. der herr amtsfuehrende stadtrat fuer finanzen und wirtschaft moege die wiener holding (wabvg) beauftragen, ein sanierungskonzept fuer die "gesiba" und die wohnungs-ag "wohnpark alt-erlaa" auszuarbeiten und der beteiligungskommission zur weiteren beratung vor beschlussfassung vorzulegen.

in der begruendung der dringlichen behandlung erklarte str. dr. g o l l e r (oevp), bei der behandlung der anfrage im landtag hatte man den eindruck, als waere ohnedies alles in bester ordnung. im gemeinderat hat dann str. mayr die moeglichkeit einer mitteilung zu diesem thema zur diffamierung der oevp missbraucht. eine ganze kette von skandalen geht aber eindeutig zu lasten der spoe. es werde ihr nicht gelingen, mit versteckten drohungen der oevp oder den massenmedien einen maukorb umzubinden. wenn die spoe der dringlichkeit nicht zustimmt, muss sie sich den vorwurf gefallen lassen, dass sie etwas zu vertuschen hat. auch beim bauring-skandal hat es anfangs geheissen, dass alles in ordnung sei. letztlich kostete er aber den steuerzahler 1,4 milliarden. die oevp verlangt daher die rasche einschaltung des rechnungshofes zur objektiven klaerung der vogaenge. es genuegt nicht, wenn ohnedies derzeit die landeswohnbaufoerderung und die holding ueberprueft werden. dass es gewaltige differenzen zwischen offizieller wohnbaupolitik und dem geschaeftsfuehrer der gesiba gegeben hat, ist bekannt. solche meinungsverschiedenheiten duerfen aber nicht auf dem ruecken der steuerzahler, beziehungsweise der mieter ausgetragen werden.

gr. m a y e r h o f e r (spoe) sprach sich gegen die dringlichkeit des antrages aus, weil str. mayr ohnedies sehr eingehend zu all den fragen stellung genommen und sich ueberdies der landtag umfassend damit beschaeftigt hat. eine fortsetzung der debatte ist daher nicht notwendig. ueberdies werden alle mitglieder der beteiligungskommission, so angekuendigt, alle aufschluesse bekommen. mayerhofer wandte sich abschliessend entschieden gegen den vorwurf, stadtrat mayr haette die mitteilung missbraucht, und beantragte die zuweisung des oevp-antrages an den gemeinderatsausschuss fuer finanzen und wirtschaft.

a b s t i m m u n g : die dringlichkeit wurde mit den stimmen der spoe a b g e l e h n t .

der antrag wurde einstimmig der geschaeftsgruppe fuer finanzen und wirtschaft zugewiesen. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (7):

dringliche fpoe-anfrage

20 wien, 27.2. (rk) zur dringlichen anfrage der fpoe ueber die finanzielle situation des von der gesiba errichteten wohnparkes alt-erlaa nahm gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) stellung. obwohl im landtag viel darueber diskutiert wurde, seien die kernfragen nicht beantwortet worden. weder wurde die finanzielle situation klar dargestellt, noch die sanierung behandelt, es wurde auch nicht gesagt, welche belastungen die mieter des zweiten bauteiles zu erwarten haben. auch die mitteilung von finanzstadtrat mayr (spoe) habe alle diese fragen nicht geklaert, sagte dr. hirnschall, weshalb die behandlung der anfrage gerechtfertigt sei.

a b s t i m m u n g : abgelehnt mit den stimmen der spoe. (we)  
(schluss)

- ende des sitzungsberichtes -

k o m m u n a l :

=====

## wien-ausstellung in oslo eroeffnet

21 wien, 27.2. (rk) im informationszentrum der stadtverwaltung von oslo eroeffnete montag vizebuurgermeister hubert p f o c h die ausstellung "wien in oslo". die vom fremdenverkehrsverband wien im auftrag der stadt wien durchgefuehrte ausstellung gibt in konzentrierter und ueberaus gefaelliger form einen ueberblick ueber wien als kultur-, wirtschafts- und fremdenverkehrszentrum. der oberbuurgermeister der stadt oslo, albert n o r d e n g e n , der selbst ein haeufiger besucher wiens ist, erklarte in einer begruessungsansprache, dass wien fuer viele staedte der welt vorbildlich ist. weil wien es verstanden hat, einen grossen teil seiner substanz an kulturhistorischen bauwerken zu bewahren. besonders lobte er wien und die wiener wegen ihrer gastfreundschaft und des grossen kunstinteresses.

vizebuurgermeister pfoch erinnerte an die vielen und guten beziehungen, die zwischen den staedten wien und oslo bestehen. er gab einen ueberblick ueber die entwicklung wiens als hauptstadt der republik oesterreich und drueckte seine freude darueber aus, dass es in norwegen ein so grosses interesse fuer wien gibt.

wie gross das interesse der norweger fuer wien ist, zeigte bereits die eroeffnung, bei der die ausstellungsraeume ueberfuellt waren. unter den ehrengaesten waren ausser dem stadtsenat der stadt oslo, zahlreichen politikern und dem oesterreichischen botschafter dr. karl w o l f , viele freunde wiens, darunter viele kuenstler. sie bezeichneten als besonders symptomatisch, dass die wien-ausstellung unmittelbar neben dem neuen konzerthaus der stadt oslo stattfindet. die wien-ausstellung in oslo bleibt bis 12. maerz geoeffnet.

(ab)

1525